

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40.

Sonnabend, den 16. Februar 1918.

25. Jahrg.

Die Bolschewiki und wir.

Von Otto Staun.

Dem Frieden mit der Ukraine ist der Friede mit dem übrigen Rußland leider noch nicht gesolgt. Die russischen Unterhändler in Brest-Litowsk haben die Verhandlungen mit der Erklärung abgebrochen, sie betrachteten den Kriegszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten als beendet.

Die langwierigen Friedensverhandlungen haben sonach wie russische Parteidebatten geendet: sie haben eine reichlich unklare, unbesriedigende Situation hinterlassen. Denn man kann wohl durch die einfache Erklärung, man befinde sich mit einem anderen Staate im Kriegszustand, einen Krieg entfesseln, nicht so aber durch eine diesen Kriegszustand negierende Erklärung den Friedenszustand wiederherstellen. Dazu gehören doch Vereinbarungen über all die Fragen, die der Krieg aufgerollt, eine Regelung all der mit einem Friedenszustand unvereinbaren Tatsachen, die der Krieg geschaffen hat. Sollen die russischen Gefangenen in Deutschland, die deutschen in Rußland bleiben, soll der Verkehr zwischen den bisher kriegführenden Staaten wieder aufgenommen werden oder weiter ruhen, alle diese wichtigen Fragen bleiben offen; die russische Delegation hat es für gut erachtet, vor ihrer Lösung den Schluß der Debatte eintreten zu lassen.

Wer die russischen Unterhändler kennt und ihre Verhandlungsmethode in den letzten Wochen aufmerksam beobachtet hat und dazu hält die eigenartige Tätigkeit, die die Petersburger Telegraphenagentur unter Leitung Radeks entwickelte, der wird sich über das unbesriedigende Ergebnis der Verhandlungen nicht sonderlich wundern. Denn wie Leute vom Schlage des Herrn Sobelsohn, genannt Radek, sachliche Verhandlungen komplizieren, verschleppen und unfruchtbar gestalten können, das kann man unter anderem im Protokoll über den sozialdemokratischen Parteitag in Chemnitz im Jahre 1912 nachlesen, wo über den Göttinger Zeitungsstreit verhandelt wurde.

Wieder erscheint die präventive Art, in der dieser Zeitgenosse Radek noch zuletzt in Brest-Litowsk als einziger berufener Vertreter der polnischen Nation auftrat, in einem eigenartigen Lichte, wenn man im Parteiprotokoll von Jena 1913 nachliest, wie seine polnischen Genossen, die ihn aus der Partei ausgeschlossen hatten, diesen Vertreter Polens beurteilten. Genosse Müller verlas dort aus einem Briefe des Vorstandes der Sozialdemokratie Polens und Litauens in bezug auf Radek folgende Stelle:

„Es geht jedoch nicht an, daß ein wegen Diebereien aus einer Bruderpartei ausgeschlossenes Subjekt in der deutschen Partei öffentlich und ostentativ tätig sein dürfte und sich auf diese Tätigkeit öffentlich — wie es dies tut — berufen könnte, um das polnische Urteil als belanglos und jeder moralischen wie juristischen Bedeutung in den Augen der deutschen Genossen entbehrend hinzustellen.“

Gewiß, der zurzeit in Polen regierende Regentenschaftsrat kann als eine rechtmäßige Vertretung des polnischen Volkes nicht angesehen werden, solange ihn eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung nicht sanktioniert. Aber Herr Sobelsohn-Radek kann diesen Anspruch unter den obwaltenden Umständen doch noch viel weniger erheben. Ihn dürften nicht einmal die polnischen Arbeiter als ihren Vertreter anerkennen.

Es kann nun freilich keinem Zweifel unterliegen, daß die deutschen Unterhändler durch die Art, wie sie ihre Erklärung vom 25. Dezember 1917 über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in dem okkupierten russischen Gebiet durch die Erklärung vom 27. Dezember 1917 entwerteten, nicht unwesentlich zur Verlängerung der Verhandlungen beigetragen und was das schlimmste ist, im Auslande den Anschein erweckt haben, daß alle in bei der deutschen Regierung das Friedenshindernis liegt.

Gleichwohl hiesse es den geschichtlichen Tatsachen Gewalt antun, wollte man nicht anerkennen, daß es auch ohne den Zwischenfall vom 27. Dezember v. J. und der nicht zu billigen Haltung der deutschen Unterhändler in der Folgezeit zu einem Friedensvertrag mit den Vertretern der Petersburger Bolschewiki nicht gekommen wäre, denn diese haben doch keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Zeit des Waffenstillstandes nicht zum Abschluß des Friedens, sondern vielmehr zur Übertragung der Revolution auf das Gebiet der Mittelmächte ausnützen wollten.

Der erwähnte Radek, der journalistische Mentor der Bolschewiki-Regierung, hat doch in deren Organ „Iswestija“ in bezug auf die Brest-Litowsker Verhandlungen ganz offen geschrieben:

„Die Friedenspolitik der russischen Revolution muß auf die Herbeiführung der europäischen Revolution gerichtet sein. Jedenfalls muß man mit einem Stillstand oder Abbruch der jetzigen Verhandlungen rechnen.“

Da die europäische Revolution noch immer nicht ausgebrochen ist, hat man vorerst die Verhandlungen abgebrochen. Das ist im Interesse der leidenden Menschheit auf das tiefste zu bedauern. Denn wengleich man auch einleitend den Kriegszustand für beendet erklärt hat, besteht er doch latent fort und kann jeden Augenblick akut werden. Radek spielt ja

auch in dem oben erwähnten Artikel bereits mit dem Gedanken, mit Freischärlerkorps revolutionärer Abteilungen, den Krieg, wenn nötig, fortsetzen.

Deshalb muß hier den russischen Bolschewisten mit aller Deutlichkeit gesagt werden ihre Hoffnung auf eine baldige gewalttätige Revolution in Deutschland ist ein Zerrwahn. Sie begehen den Fehler, die russische Schablone an deutsche Verhältnisse anzulegen, die in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht den russischen um fast hundert Jahre voraus sind. Für bolschewistische Revolutionsmethoden ist in Deutschland nun einmal kein Boden.

Es muß aber auch offen und ganz unzweideutig ausgesprochen werden, daß wir als Sozialdemokraten diese Gewaltmethoden der Bolschewiki auf das schärfste verurteilen.

Wird auch in der bürgerlichen Presse in dem Bestreben, das sozialistische Regime in Rußland zu diskreditieren, viel Unwahres und Uebertriebenes über bolschewistische Grauel berichtet, so bleibt doch als wahr noch so viel Verurteilenswertes übrig, daß wir alle Veranlassung haben, im Interesse der Sozialdemokratie davon offen und rückhaltlos abzurücken.

Der Sozialismus kann nicht auf Bajonetten und Maschinenengewehre aufgerichtet werden. Soll er Dauer und Bestand haben, muß er auf demokratischem Wege verwirklicht werden. Dazu ist freilich Vorbedingung, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse für die Sozialisierung der Gesellschaft reif sind. Wäre das in Rußland der

Fall, würden die Bolschewiki sich zweifellos auf eine Mehrheit im Volke stützen können. Da dem nicht so ist, haben sie eine Säbelherrschaft etabliert, wie sie brutaler und rücksichtsloser unter dem Schandregiment des Zaren nicht bestand.

Sie haben die auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählte Volksvertretung mit Waffengewalt geprenzt. Sie schlagen die Demokratie tot und erziehen sie durch Energie und brutale Gewalt. In einer Weise, die den Neid selbst der brutalen Zarenknechte erregen muß, knebelt sie die öffentliche Meinung und werfen selbst ihre nur tattisch von ihnen abweichenden Genossen in großer Zahl in die Gefängnisse.

Alles, was ihnen widerstrebt, werfen sie mit der Waffengewalt der ihnen noch ergebenen Soldaten zu Boden. Diese Herrschaft der zügellosen bolschewistisch-sozialistischen Soldateska ist aber ebenso zu verwerfen, wie die Gewalttätigkeit der zaristischen Soldateska. Sie kann auch nicht von Dauer sein.

Das Chaos auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet muß immer größer werden und schließlich zum Zusammenbruch dieser unnatürlichen sozialistischen Säbelherrschaft führen.

Was die Bolschewiki in Rußland treiben, ist weder Sozialismus noch Demokratie, es ist vielmehr gewalttätiger, Pulchismus und Anarchie.

Deshalb müssen wir zwischen den Bolschewiki und uns einen klaren, scharfen Trennungsstrich ziehen.

Gefahr im Osten.

Unter der Überschrift: „Höchste Gefahr!“ bringt der „Berliner Lokalanzeiger“ in auffälligem Druck diese Notiz: „Wie uns aus Riga berichtet wird, eilt die Lage der von Deutschland ihre Rettung ersuchenden Deutschen und Esten in Livland und Estland der Katastrophe zu, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Rensal sind von den Maximilianen 3000 Deutsche und Esten verhaftet worden. Die Frauen befinden sich getrennt von ihren Kindern im Schloß, die Männer in Kinos; in Dorpat wurden etwa 280 Männer verhaftet. Weitere Verhaftungen sind aus Jellin gemeldet. Der gesamte deutsche Adel ist für vogelfrei erklärt. Während dessen agitiert England weiter und bedingt sich die militärische Verfügung über die Häfen des Landes als Gegenleistung aus.“

Eine „Gefahr“ liegt in der Tat vor. Indes sind „der gesamte deutsche Adel“ und die in dieser Meldung erwähnten Deutschen nicht im geringsten gefährdet. Die Gefahr besteht vielmehr darin, daß Alarmmeldungen wie die vorliegende die Wirkung haben, die man in ganz bestimmten Kreisen von ihrer Veröffentlichung erhofft. Man sieht dieser Meldung ihren Zweckcharakter schon von weitem an.

In die gleiche Kategorie gehört folgende Meldung, die das „Berliner Tageblatt“ ohne Quellenangabe bringt: „Zur Lage an der russischen Front wird von maßgebender Seite darauf hingewiesen, daß der durch Funkpruch erteilte Befehl zur Demobilisierung des russischen Heeres noch an selben Tage, vier Stunden nach seinem Erlass, wieder zurückgezogen worden, eine Demobilisierung in Rußland also tatsächlich nicht erfolgt ist.“

Auch der in dieser Meldung umschriebene Tatsachenkomplex bedarf einer starken Einschränkung. Die vorstehende Meldung bezieht sich auf das erste Telegramm, das begann „Friede, Friede!“, dessen Weiterverbreitung untersagt wurde. Diese Maßnahme wird von bestimmter Stellen so ausgelegt, daß damit der Demobilisierungsbefehl zurückgezogen worden sei. Im Gegensatz dazu bestehen auch an amtlichen Stellen andere Auffassungen, die insbesondere dahingehen, daß das Verbot der Weiterverbreitung dieses Telegramms keine Zurücknahme der Demobilisierungsorder darstelle. Diese letzte Auffassung hat, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, auch im Auswärtigen Amt ihre Anhänger.

Leider muß man anscheinend damit rechnen, daß der erneuerte Kriegszustand mit Rußland in sicherer Aussicht steht. Darauf deutet schon folgende Meldung hin:

RTS. Berlin, 15. Februar.

Die Tätigkeit der nach Petersburg gesandten deutschen Kommission köhlt in der letzten Zeit auf immer größere Schwierigkeiten. Die Unterredung mit maßgebenden Persönlichkeiten, ohne die nach Lage der derzeitigen Verhältnisse in Petersburg der Fortgang der Verhandlungen nicht zu erzielen ist, werden den Mitgliedern der deutschen Kommission dadurch unmöglich gemacht, daß die russischen Volkskommissare, insbesondere Lenin und Trozki, andere dringende Geschäfte vorschützen. Bald ergeben sich diese,

bald jene Gründe für die Verzögerung der Verhandlungen. Nachdem sich nun in den letzten Tagen auch noch der schwerwiegende Fall ereignete, daß in einer die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen betreffenden Angelegenheit die russische Regierung eine von ihr gegebene Zusage am nächsten Tage wieder zurückgezogen hat, entsteht ernstlich die Frage, ob die weitere Anwesenheit der deutschen Kommission in Petersburg unter den derzeitigen Verhältnissen noch Zweck hat.

Das ist die eindeutige Vorbereitung für den Abbruch auch dieser Kommissionsverhandlungen, von denen Trozki noch in Brest-Litowsk gesagt hatte, daß sie für den weiteren Gedankenaustausch als Verbindungsglied dienen könnten.

Die Opposition gegen Lloyd George.

Die Stellung Lloyd Georges ist trotz seines Erfolges in der Kammer erschüttert. Dieser Kammer-Erfolg war nur ein Scheinerfolg, bestimmt, der weiteren Öffentlichkeit die Augen über die tatsächliche Lage zu verblenden. Nach Londoner Depeschen der Pariser Presse hatte sich Lloyd George am Schluß seiner Unterredung gegen einen fürchtbaren Ansturm der Gegner des einheitlichen Entente-Oberkommandos zu verteidigen. Als Lloyd George jagte, der deutsche Generalkstab würde Millionen dafür zahlen, wenn er auf Asquiths Frage über die Verfallter Bolschewiki antworten würde, erhob sich Asquith und verwahrte sich gegen den Vorwurf, er habe militärische Geheimnisse aus Lloyd Georges herausgelassen wollen. Die Liberalen sekundierten Asquith unter gewaltigem Lärm. Sie schrien: „Demission! Demission! Lloyd George machte dann Asquith einige Komplimente, die Aufregung legte sich aber nicht. Im Gegenteil, der Lärm wuchs, als Lloyd George den Pressefeldzug gegen die Verfallter Bolschewiki kritisierte. Die Opposition rief: „Warum kopieren Sie der Northcliffe-Presse nicht den Mund? Es ist eben Ihre eigene Presse! Sie bezieht ihre Informationen gerade von Ihnen!“ Lloyd George schrie: „Das ist eine gemeine Lüge!“ Der Premierminister redete sich dann in die größte Wut: Die Hegezeiten der Presse machten ihm die Klageführung einfach unmöglich. Wenn man kein Vertrauen mehr zu ihm habe, so solle man in Gottes Namen die Regierung wechseln.

Auf die Rede Lloyd Georges folgte ein interessanter Wortwechsel zwischen Bonar Law und dem Abgeordneten Pringle. Dieser fragte, ob es richtig sei, daß der Generalkstabschef Robertson abberufen sei oder demissioniert habe. Bonar Law sagte: „Das ist unrichtig.“ Pringle entgegnete: „Das ist doch höchst merkwürdig.“ Bonar Law verbeisterte sich: „Die Behauptung ist unrichtig, wenigstens soweit es mir bekannt ist.“ Diese Einschränkung machte Sensation. Viele Abgeordnete zogen daraus die Folgerung, die Behauptung Pringles sei doch richtig. Macdonald polemisierte gegen die Veröffentlichung des „Reit Harrier“ über angeblich an Lenin und Trozki gezahlte deutsche Bestechungsgelder. Es handelte sich um Fälschungen.

Der frühere Handelsminister Runciman erklärte in einer Polemik gegen Balfour, man mühe jede Gelegenheit ergreifen, um mit den feindlichen Staatsmännern zu beraten. Sollten sich die feindlichen Staatsmänner dazu nicht herbeilassen, so müßten die Vertreter der Demokratien zusammenkommen. Es sei ein großer Irrtum gewesen, die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz zu verweigern. Man sollte eine andere internationale Konferenz vorschlagen; dann mühte die Regierung ihr Möglichstes tun, um sie zu fördern.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ schreibt der Parlamentskorrespondent des „Daily Chronicle“: „Einen

Warenausgabe

In der Woche vom 18. Februar bis 24. Februar 1918.

1. Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.

Butter: Abschnitt 18 80 Gramm Auslandsbutter zum Breite von 80 Pfg.
 Speisefett: 18 40 Margarine zum Breite von 16 Pfg.
 Zucker: 19-23 je 125 Gramm Zucker.
 Mühlenfabrikate: 15 100 Gramm Weizengrieß zum Breite von 82 Pfg. für 1/2 kg.
 Aufstrichmittel: 14 250 Gramm Marmelade zum Breite von 90 Pfg. für 1/2 kg.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind Butter, Speisefett, Zucker, Mühlenfabrikate und Aufstrichmittel in den Geschäftsläden zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte vermerkten Geschäften verabfolgt und entnommen werden.

2. Auf die Wochenbezugskarte für Militärurlauber vom 18. Februar bis 24. Februar 1918.

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte
 Halbe 15 Gramm Auslandsbutter, 2 Gramm Margarine, 75 Gramm Zucker, 125 Gramm Marmelade, 50 Gramm Weizengrieß.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

3. Auf die Zusatzkarte für Schwerarbeiter, Abschnitt 80 250 Gramm Weichkäse zum Breite von 55 Pfg.

4. Auf Butterbezugskarte, 1/2 der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Auslandsbutter und 4 Teile in Margarine.

Lübeck, den 14. Februar 1918. (670)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I. Vom 18. Februar bis 24. Februar d. J. dürfen auf Abschnitt 21 der selben Karte 7 Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

II. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 16. Februar 1918. (678)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Städtische Obst- und Gemüsestelle

Lübeck, Beckergrube 90, Fernsprecher 8712

schickt Kaban- und Lieferungsverträge für:

Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl, Möhren (rote, gelbe und weiße), Rote Beete und Kohlrabi ab.

Den Anbauern kann ein Teil der Saat zur Verfügung gestellt werden. Angebote werden baldmöglichst erbeten, wenn möglich bis zum 17. Februar.

Dreitausend Mark Belohnung

Die wir von deutscher Seite für diesen Zweck zur Verfügung gestellt sind, erhält derselbe, durch dessen Hilfe es zum ersten Mal gelang, einen von englischer oder amerikanischer Seite beiderseits unter der Aufsicht der Polizeibehörde zum Zweck namentlich der Verteilung von Munition im Nordseegebiet zu überführen. Sind mehrere an der Überführung beteiligt, so entscheidet sich über die Verteilung des Betrags.

Angehörigen von der Belohnung hat Verleumdung, drakonische Strafen die Verfolgung fremdlicher Agenten obliegt.

Diese Belohnung ist bar, wenn nach diesem Urteil niemand bis zum 24. Februar 1918 oder falls der Krieg früher beendet ist, bis zum Kriegsende, ein Antrag auf die Belohnung gemacht hat.

Der stellvertret. kommandierende General
 von v. Falk,
 General der Infanterie.

Nach Bekanntmachung Nr. 241 vom 1. 18 KRA. Nr.

Beihilfegewehr und Beihilfserhebung von Holzspänen aller Art

und Nr. 241 vom 1. 18 KRA. Nr.

Schlichtstelle von Holzspänen aller Art vom 16. Februar 1918 werden heute durch die amtlichen Regierungsblätter, durch die Holzbehörden, sowie durch öffentlichen Auktions- und Aushang veröffentlicht.

Der Vorstand der Holzhandlungsanstalt ist bei den Landesbehörden, Kreisverwaltungen und Holzbehörden ersuchen.

Lübeck, den 16. Februar 1918. (662)

Zickert, Geschäftsnummer IX. 11 R.

Feldpostkartenbriefe

sind wieder vorrätig.

Buchhandl. Fr. Meyer & Co.

Erfahrungs-Ausstellung

Hauptturnhalle
 Mühlenstr. 74 1. Stock.

Von Sonntag, dem 17. Februar bis Donnerstag, dem 21. Februar einsehlich.

Ausstellung von Erfahrungs aller Art, fertigem Schuhwerk, Rohstoffen usw.

Die Ausstellung ist **Lehrwertkraft**, in welcher den Besuchern die verbunden mit einer Anbringung der Erfahrungs gezeigt wird. 666

Eintrittszeit: Wöchentlich von 10 Uhr nachmittags, morgens bis 5 Uhr
 Sonntag, den 17. Februar, von 1-5 Uhr nachmittags.

Eintritt frei! **Ausschuss für Kriegshilfe**
 Abteilung Schuhwerkversorgung.

Bekanntmachung

betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 18. Februar bis 24. Februar 1918 werden 250 gr Rindfleisch oder 500 gr Schweinefleisch oder 250 gr angeräucherte oder 200 gr Dauerwurst, auf die Rindfleischkarte die Hälfte, ausgegeben.

Lübeck, den 16. Februar 1918. (667)

Das Polizeiamt.

Junge Arbeiterinnen

geübt. (668)

Karl Häuer & Co.,
 Dorncstraße 44.

In der ersten am 1. April 1918
 Reichs- und Säuglingsamt
 mit Aufzug. (675)
 Hamburgerstraße 11

Kauf von Zäpfen, von b. 1. 12.
 Nordsee-Zäpfen, allen den
 9. Tesmer, Finkenstraße 15

Ausgekämmtes Frauenhaar

per Pfd. 6 Mk.

Alte Zeitungen,
 Journale u. Geschäftsbüch.

per Pfd. 9 Pfg.

werden unter Garantie
 erwerbsfähig u. abgeholt.

Hausstandslampen

per Pfd. 12 Pfg.

Alte Glöhbirnen alte Glöhbirnen
 höchste Sparleistung. (678)
 höchste Sparleistung

Lissauer

8 Kleiner Schlangen 8.

Se glückliche Zooniederdruck
 am Sonntag, 17. Februar 1918
 Dr. Lechner, Mühlenstr. 176.
 Dr. Stiller, Mühlenstr. 176.
 Dr. A. Christern, Mühlenstr. 176.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marienstraße 25.

Allest. Möbelausstattungen.

Selbstverfertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

stets vorrätig.

Fernsprecher 2734.

Sterbekasse Die Vertrauliche

Lübeck.

Die Verwaltung liegt für das
 Rechnungsjahr 1918 in den Hän-
 den der Vorsteher: Rechnungsführer
 J. W. H. Drath, Vorsteher, Steuer-
 rath E. W. B. Schmidt, Kassenführer
 und Steuersekretär a. D. J. J. Vagt,
 als Vertreter für einen der
 Vorsteher.
 Lübeck, den 13. Februar 1918.
 Der Vorstand.

Konzerthaus

Zauberflöte.

Täglich Konzert von

Damenkapelle

Stephany

Anfang 7 Uhr.

(674) L. Kock.

Theater für die Jugend

im Marmoraal d. Stadttheaters.

Sonntag, den 17. Februar 1918,

nachmittags 1:30 Uhr,

Kassenschluss 2 Uhr,

Zum letzten Male!

Bremser Stadtmusikant.

Stadttheater.

Sonabend, den 16. Febr. 1918:

Anfang 7 Uhr

Was Ihr wollt.

Sonntag d. 17. Februar 1918

Nachmittags 3 Uhr:

eine Frau, die

Hofschauspielerin.

Abends 7 Uhr:

Carmen.

Donnerstag, den 14. Februar 1918

Anfang 7 Uhr:

Klinge, kleines

Frühlingslied.

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Holzsohlen * Holzabsatzflecke

Marke „Hacka“ D. R. G. M.

Frentz & Co.

begutachtet von der Ersatzsohlen-Gesellschaft Berlin.

Verkaufspreise 60, 70, 75, 80 Pfg. pro Paar.

Von jedermann leicht selbst aufzunageln.

Verkauf an Engel & Mitterhusen, Lübeck

Wiederverkäufer: Karl Kohrs, Lübeck. (679)

Man hüte sich vor Nachahmungen.

Seefahrer-Zuschusskasse

kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

früher eingetragene Dultskasse Nr. 16.

Ordentliche General-Versammlung

Sonntag, den 24. Februar 1918, nachmittags 4 Uhr,

bei Herrn Jürß, Engelsgrube 59.

T.O.: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes

Wir machen auf §§ 2 und 26 des Statuts besonders aufmerksam.

Der Vorstand. (659)

Deutsche Kolonial-Kriegsspende

Donnerstag, d. 21. Febr., abends 7 Uhr,

Sonabend, d. 23. Febr., abends 7 Uhr,

im

„Hansa-Theater“ Lübeck.

Nur diese 2 öffentlichen Aufführungen in Lübeck.

Das großaufsehenerregende afrikanische Filmwerk

„IM DEUTSCHEN SUDAN“

mit persönlichem Vortrag seines Verfassers, des

Afrikaforschers, Leutnant d. Res.

Hans Schumburgk.

Beliebig, unterhaltend u. humorvoll.

Außerdem findet am 21.-23. Febr., nachm.

4 Uhr, Vorstellungen mit Begleitvortrag für Schüler

und Schülerinnen statt.

Dieser Film wird Anfang März ds. Js. S. M.

dem Kaiser vorgeführt. Außer dem Kaiser wird

auch die Kaiserin und Kronprinzessin mit den

Kindern und der König. Hof zugegen sein.

Karten zu Mk. 0.50 bis 3.50; Holstenhaus.

Zigarthlg. Röhrlich u. a. d. Theaterkasse erhältlich.

Nur Film! Nur Film!

Kein Lichtbildervortrag.

Hansa-Theater.

Sonabend, den 16. Februar, abends 7 1/4 Uhr:

Die Förster-Christel

Sonntag, den 17. Februar, abends 7 Uhr:

Der lustige Vagabund.

Eine Spitzbubengeschichte in 4 Akten von A. Bischinsky.

Musik von Wismer-Rosendahl. (662)

Nachmittags 3 Uhr: Kleine Preise.

Polnische Wirtschaft.

Montag, den 18. Februar, abends 7 Uhr:

Der lustige Vagabund.

Hansa-Brauerei A.G.
 Lübeck.
 Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Cararia-Brauerei
 Embury Alton
 Lübeck
 Julius Scheber

Praktischer Wegweiser
 empfehlenswerte Geschäfte

Jenny Waller
 Erbkuchen

Wilhelm Rahfeld

Schneidermanufaktur
 Lederwaren

Carl Rohde
 Schuhmacher, Lederwaren

August Scheere
 G. m. b. H.

Lübecker Wurstfabrik
 Emil Aland

C. Ahrens, Riekermeister.

Kenner bevorzugen
 das gute Lübecker
 Bürgerbräu

Eutle
 Mohnmühle, Süßwaren

Ratzeburger
 Aktien-Brauerei

Der Aufstoss zum Wahlrechtskampf.

Der erste Tag der Wahlrechtsdebatten im Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses verlief verhältnismäßig ruhig und sachlich. Kein Wunder, denn vorläufig handelt es sich nur um kleine Vorposten des Hauptkampfes, der um das gleiche Wahlrecht, wird erst in der nächsten Sitzung einsetzen. Einstweilen begnügen sich die Wahlrechtsgegner aller Schattierungen mit Versuchen, den Kreis der Wahlberechtigten möglichst einzuschränken, sie suchen aus den Wahlgesetzen anderer Länder innerhalb und außerhalb Deutschlands das Schlechteste heraus, um es in die Regierungsvorlage einzuarbeiten. Das erste Attentat auf das allgemeine Wahlrecht ist glücklich abgeschlagen, die Konservativen haben sich genötigt gesehen, ihren Antrag, das aktive Wahlrecht an einen dreifährigen Aufenthalt oder Wohnsitz in der Gemeinde zu knüpfen, zurückzuziehen. Aber andererseits ist es auch nicht gelungen, die Regierungsvorlage in diesem Punkte zu verbessern. Nicht nur der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen über 20 Jahre, sondern auch alle Anträge auf Beseitigung und Herabsetzung der Bestimmungen über Staatszugehörigkeit und Aufenthaltsdauer sowie auf Beseitigung der Ausnahmebestimmungen gegen Berlin sind abgelehnt worden. Einzig und allein eine Ausnahmebestimmung zugunsten der Kriegsteilnehmer gelangte zur Annahme. Das ist der einzige bisher erzielte Fortschritt.

Ueber die Anträge auf Entziehung des Wahlrechts vorbestrafter Personen entspann sich eine lebhaft auseinandersetzung zwischen der Rechten auf der einen, der Linken und der Regierung auf der anderen Seite, in der die grundsätzlichen Unterschiede der Auffassung über Wesen des Verbrechens und der Strafe deutlich zutage traten.

Zu der Frage des gleichen Wahlrechts, deren Erörterung am Montag beginnt, haben die Konservativen einen Antrag eingebracht, der an Rüksichtlosigkeit nicht leicht übertroffen werden kann. Hiernach soll das Abgeordnetenhaus aus 450 Abgeordneten bestehen, von denen 236 in allgemeinen, geheimen, direkten Wahlen nach dem Mehrstimmensystem, 214 in berufskundlichen, geheimen und direkten Wahlen gewählt werden. Man wird sich auf heftige Kämpfe gefasst machen können.

Was die Konservativen wollen.

Nach der Osterbotschaft fanden sich die Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses zusammen, um an Stelle des bisherigen Dreiklassenwahlrechts ein Mehrstimmrecht zu entwickeln. Durch den Füllersloß, in dem sich der König von Preußen für das gleiche Wahlrecht erklärte, wurde dieses Projekt über den Haufen geworfen. Das hat aber die konservative Landtagsfraktion nicht gehindert, in einer Sitzung am letzten Sonntag den Beschluß zu fassen, an diesem Mehrstimmrecht festzuhalten. Unter diesen Umständen dürfte es auch weitere Kreise interessieren, die Einzelheiten des damaligen Kompromisses kennen zu lernen. Es geht zunächst eine Grundstimm für jeden Wähler fest; hierzu treten Zusatzstimmen auf Grund des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder, des Vermögens, des Einkommens, der selbständigen Erwerbstätigkeit und der Schulbildung. Im einzelnen war des preussischen Mehrstimmrecht auf Grund der Abmachungen zwischen den Mehrheitsparteien nach der 'unabhängigen Nationalkorrespondenz' folgendermaßen gedacht:

„Auf Grund des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der das fünfzigste Lebensjahr vollendet und mindestens drei eheliche Kinder, die das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben, hat, oder gehabt hat. Auf Grund des Vermögens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der zur Erwerbsteuer veranlagt ist. Auf Grund des Einkommens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der vom

Staate zur Einkommensteuer veranlagt ist, sofern der Steuerbetrag den im Durchschnitt auf einen Wähler in der Gemeinde entfallenden Steuerbetrag übersteigt. Wähler, die zu einem Einkommen von mehr als dreitausend Mark veranlagt sind, erhalten stets eine Zusatzstimme. Auf Grund der selbständigen Erwerbstätigkeit erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der entweder mindestens eine nach den Vorschriften des Versicherungsgesetzes für Angehörige vom 20. Dezember 1911 der Versicherungspflicht für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters sowie zugunsten der Hinterbliebenen oder zwei nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung vom 18. Juli 1911 der Versicherungspflicht für den Fall der Krankheit unterliegende Personen ganz oder teilweise bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit ununterbrochen seit mindestens sechs Monaten beschäftigt — oder als Eigentümer, Nießbraucher oder Pächter inländischer Grundbesitz auf mindestens zwei Hektar Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Obstbau oder Gärtnerei oder auf mindestens vier Hektar Weinbau betreibt. Auf Grund der Schulbildung erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der entweder das Ziel einer Mittelschule oder Realschule oder in einer mehr als sechsstufigen höheren Schule die Vorbereitung in die drittoberste Klasse oder in einer Lehrerbildungsanstalt die Aufnahme in die dritte Seminarstufe erreicht hat.“

Es ist heute kaum noch nötig, eine Kritik an dieser abstrusen Stimmenhäufung zu üben, die man nach drei Kriegsjahren der preussischen Bevölkerung zumuten zu können glaubte. Unterdessen hat ja Graf Hertling seinen „unveränderten Willen“ erklärt, die preussische Wahlreform „mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln“ in diesem Zustand zu bringen. Das Mehrstimmrechtssystem ist also nichts als eine überwundene Episode im preussischen Wahlrechtskampf. Aber die preussischen Konservativen klammern sich noch jetzt an dieses Projekt.

Gewissermaßen als Antwort auf den konservativen Antrag veröffentlicht die Regierung an der Spitze der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine längere halbamtliche Erklärung, in der es unter anderem heißt:

„Darin ist die gegenwärtig zur Beratung stehende Wahlrechtsvorlage von jeder früher eingebrachten oder erwogenen unterschieden, daß sie nicht begriffen werden kann als Erfüllung alter Forderungen, sondern aufzufassen ist als die Bestätigung eines neuen Rechtsverhältnisses zwischen Volk und Staat. Die Staatsregierung hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie der Wahlrechtsfrage diese große und grundsätzliche Bedeutung gibt und es deshalb als ihre Pflicht ansieht, dem Erlaß vom Juli des vergangenen Jahres die volle Durchführung mit allen Mitteln zu erstreben. Weil der Entschluß zur Wahlreform auf dem Kriegsergebnis selbst, auf seiner allgemeinen politischen Beurteilung begründet ist, darum können ihn auch einzelne innerpolitische Ereignisse nicht erschüttern. Bei den Erörterungen über den mifflungenen Streikverbot hat man vielfach die Streikbewegung mit der Wahlrechtsfrage in dem einen oder anderen Sinne in Zusammenhang gebracht. Die Staatsregierung erkennt keinerlei Zusammenhang an. Das Wahlrecht, mit dem der Wahlrechtsentwurf vom 11. Juli die preussische Monarchie mit dem Volk und ganz besonders mit der Arbeiterschaft verbindet, ist die Regierung nicht vom verbrecherischen Verstoß einer kleinen Zahl Willkürherrscher zerreißbar. Die Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage haben nach Erledigung der ersten Lesung der Herrenhausvorlage im Ausschuss des Abgeordnetenhauses begonnen. Die Staatsregierung ist entschlossen, nur einem Verhandlungsergebnis zuzustimmen, das auf dem Boden der Regierungsvorlage ruht, und sie erwartet, daß ein solches Ergebnis im Wege der Verständigung erreicht wird. Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen verlangt nicht geringe Opfer an politischen Überlieferungen von großen Parteien, die sich um den preussischen Staat unvergeßliche Dienste erworben haben. Die Regierung fordert diese Opfer aber nie weh, daß sie nicht letzten Endes, nicht in freiantem Entschluß gebracht werden können, sondern sich in anhaltendem Austausch der Meinungen durchsetzen müssen. Das soll man auch im Lande, soll man vor allem auch da würdigen, wo das gleiche Wahlrecht von jeder gefordert worden ist. Nach den Erklärungen der Staatsregierung ist es selbstverständlich, daß sie zur Anwendung der besonderen Mittel, die die Verfassung an die

Hand gibt, scheitern wird, wenn es unvermeidlich und notwendig ist zur Erreichung des Zieles. Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß sie solche Mittel nicht in Ermüdung zieht oder gar etwas zu ihrer Anwendung sich drängen läßt, solange Ausschichten bestehen, die Wahlrechtsvorlage durch eine von Kampfmitteln unbeeinträchtigte Beratung und Beschlußfassung der beiden gesetzgebenden Körperschaften Preußens zur Annahme zu bringen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wahlrechtsvorlage ist nach wie vor so in Aussicht genommen, daß die nächsten Wahlen, d. h. die ersten Wahlen nach Kriegsende, nach dem neuen Wahlrecht vor sich gehen sollen. Auch dafür wird die Staatsregierung mit aller Kraft und mit allen gebotenen Mitteln eintreten.“

Wir brauchen mehr Sonne.

Als vor Jahrmillionen an cambrischem Urweltstrand die ersten menschenähnlichen Wesen aus unendlicher Entwicklungslinie herausgeklüftet waren, begann das immer grandioser anschwellende Sehnachtsfest nach Sonne und Freiheit durch die Zeiten zu schwingen. Die Afforde dieses nie verstummenden Liedes wurden gewaltiger, je mehr das Bewußtsein der Menschwürde in den einzelnen Individuen reifte, je intensiver die Finsternis die verschiedenen Zeitepochen durchschattete.

Wie hätte diese Sehnsucht auch sterben können! Sie wurde ja mit jedem Menschen und an jedem Tage neu geboren. Aus jeder Zeitpauze der Unterordnung und Not stieg sie phantasiegleich nur leuchtender empor. Die Sehnsucht nach Freiheit und Licht ist eine der großen Triebkräfte, die den Emporkommen der Menschheit aus nebelgrauen Zeiten durch die Jahrtausende erraglichte. Eine Aufwärtsentwicklung ist die Menschheitsgeschichte unlerbar, und so soll und wird auch die kommende Zeit uns höher führen, allen dunklen Gewalten zum Trotz. Nur eines ist nur, jetzt so wie einst, als noch in unseren Gebieten Walden und Fenne gediehen und riesige Urweltkrieger durch den Scharfhaum zaudernd die Entwicklung des Menschen bedrohten: Jederzeit was sein, wenn es gilt, sie zu bekämpfen. Licht und Schatten, diese uralten Symbole sich beherrschender Gegensätze, ragen hier abgegrenzt in unsere Tage hinein.

Auf einzelnen Gebieten, speziell unseres Volkslebens drohen Schlagschatten die Sonne vollständig zu verdunkeln. Denken wir nur daran, in welcher elenden, jedem Begriff wahrer Menschlichkeit hochsprachenden Behausungen die Mehrzahl unserer Zeitgenossen zu wohnen gezwungen ist.

Tiefe Traurigkeit und der Wunsch, Abhilfe zu schaffen, muß, sollte man meinen, jeden Denkenden überkommen, der fitter die lichtlofen, dumpfen Glendquartiere besonders der Großstädte besucht. Nicht nötig ist es, zu betonen, daß die darin Wohnenden, durchweg Menschen, die italiisch den harten Kampf um die notwendigen Lebensbedürfnisse führen müssen, jeglicher Lebensfreude verlustig gehen und oft frühem Tode entgegenstehen. Gibt es etwas die ganze Menschheit demütigenderes als die Verhältnisse, unter denen heutigen Tages die Kinder der Besitzlosen aufwachsen?

Bilder Heinrich Jilles, des mit einem lachenden und einem weinenden Auge den Moloch Großstadt und seine Geschöpfe betrachtenden Malers kommen mir in den Sinn. So sehe ich mit ihm einen engen Hofraum, wo zwei arme Knirpse, Bruder und Schwester, beide verkrümmt, die Schwester krank in einem Stuhl sitzend, sich selbst überlassen sind; der Bruder ruft, zum Fenster gemeldet: „Mutter, reich doch den Blumentopf heraus, Pieschen sieht so gern im Grünen.“ Ja, zwischen hohen Häuserwänden, auf gepflasterten, mit Unrat bedeckten Höfen oder auf färm- und gefahrerfüllten, asphaltierten Straßen wachsen die Kinder auf. Ihnen bleibt wahre Kinderlust und -freude, fern von der allgütigen Mutter Natur, dauernd verlagert. Sie verkrümmen ohne Licht und Sonne wie Blumen in der Dürre. Darf es Wunder nehmen, wenn man auf vielen dieser Kindergehefte greisenhaft frühreife Züge ausgeprägt findet, wenn sie oft roh und sittenlos werden? Sie kennen den schmeigenden Wald in seiner Frucht und Feterlichkeit, blumige Wiesen und sonnenüberstrahlte, reifende Kornfelder meistens nur vom Hörensagen. Von dem geheimnisvoll-wunderbaren Wachsen und Werden in der Natur, von dem gefunden, veredelnden Einfluß des Aufenthalts im Freien auf Körper und Geist wissen sie aus eigener Erfahrung kaum etwas. — In der Schule wird ihnen hiernon vielleicht erzählt wie von anderen Märchen, die sie nicht glauben. Da sie wie ihre Eltern im Schatten leben und meist nur Häßliches sehen, ist es unvermeidlich, daß ihre empfängliche Seele diese Eintrübungen durchs Leben trägt.

Hier muß durchgreifend Wandel geschaffen werden. Jede Verzögerung und Anwendung unzulänglicher Maßnahmen forbert

Handel und Wandel.

Von F. W. Sadländer.

25. Fortsetzung.

18.

Geneesung.

Von all diesen Stürmen in dem Hause, in dem ich bis jetzt als Behring gedient, erfuhr ich natürlich gar nichts, sondern lag in meinem Bette. Ich schlief fast den ganzen Tag oder schaute die Mühle und die Ritterburg an. Leider aber war in meiner Krankheit ein Rückschlag eingetreten; ich hatte die Nacht sehr unruhig zugebracht und lag am Morgen zum Entsetzen der Schmieidin in heftigem Fieber. Sie stand an meinem Bett und fühlte mir den Puls, wobei sie den Kopf wegwarf, daß ich ihre Tränen nicht sehen sollte, und als die Großmutter sagte, ich habe mich wahrscheinlich in der Nacht erkältet, schüttelte sie traurig das Haupt und hatte etwas auf der Zunge; man sah, daß sie kräftig mit sich selbst rang, es hinunterzuschlucken. Endlich aber konnte sie sich nicht mehr halten und schluchzte so laut, daß ich erschrocken aufsprang. „Ach, Frau Pastörin“, rief sie, „und wenn Sie's mir noch so übernehmen, ich kann es doch nicht verhalten!“ Erkältung? O Gott, nein! Sie wissen ja wohl, daß ich die Bettdecke jeden Abend festbinde! Nein, Frau Pastörin, aber der Gerstenkeim — ja, ich muß es behaupten, der Gerstenkeim, der hat das Fieber aus meine herbeigeführt. Hätte man dem Kind Weinwürpe gegeben, wie ich es vorgeschlagen habe, so ließe es heute wieder frisch und gesund herum. Aber Gerstenkeim ist ein wahres Gift.“

„Hör' Sie“, sagte die Großmutter sehr ernst, „ich kann Ihr wegen ihrer Reizbarkeit nicht ewig den Text lesen; aber Schmieidin, Schmieidin, die Redigaber und Wortklauber sind unangenehm vor dem Herrn, hat mein Mann selig, der Pastor, hundertmal gesagt. Was Weinwürpe oder Gerstenkeim! Das hat keins von beiden getan. Sie ist doch sonst eine geistreiche Person, geh' Sie mir mit den Kindern!“

Damit entfernte sich die Großmutter ziemlich ärgerlich, aber die Schmieidin blieb am Bette sitzen und hielt ein Selbstgespräch, von dem ich nur die Worte Weinwürpe und Gerstenkeim vernahm. Nachts nun mein Rückschlag kommen, wäher er wollte, so war es schlimmer mit mir als am Tage, wo man mich aus der Kirche gebracht hatte, und ich phantasierte die ganze Nacht und ein gutes Stück des folgenden Morgens.

Das ging ein paar Tage so fort, während deren es ganz dunkel in meinem Zimmer war und ich niemand untercheiden konnte, als die Schmieidin am unteren Ende meines Bettes, wenn sie mir die Arznei einflögte. Wohl hörte ich hier und da, daß noch

andere Personen im Zimmer sein mußten, ja ich glaubte zuweilen eine tiefe Stimme zu vernehmen, die mir nicht unbekannt war. Doch war ich zu schwach, um meinen Gedanken nachhängen zu können, und alle und jede Erinnerung entschlüpfte mir im gleichen Augenblicke wieder, wo ich mich ihrer bemächtigt zu haben glaubte. Eines Abends ließ mein Fieber etwas nach und gegen Morgen schlief ich ganz ruhig, wurde aber durch den Klang jener tiefen Stimme geweckt, die ziemlich laut und deutlich sagte: „Aber, Jungfer Schmieidin, Sie werden erlauben, daß ich Ihnen gehörig bemerke, daß es meines Erachtens viel vernünftiger wäre, ihn noch eine Stunde schlafen zu lassen, als ihn wieder aufzuwecken, um ihm einen höflichen des paritigen Zeugs in den Magen zu schütten.“ — „Ach, Herr Doktor“, entgegnete die Schmieidin, „Sie mögen selbst ein ganz guter Arzt sein, aber was das Abwarten eines Kranken betrifft, da stelle ich meinen Mann.“ — „Rollen Sie, Ihre Frau“, erwiderte die tiefe Stimme und setzte dann, geschmeichelt durch das Kompliment, hinzu: „Allerdings, wir praktischen Aerzte — freilich wohl, das Einhalten der Stunden — ja, wir wollen ihn also sanft erwecken.“

Das war nun eigentlich gar nicht nötig, denn ich hatte schon längst meine Augen ein wenig geöffnet und würde mich schon lange gemeldet haben, wenn ich die Erscheinung vor mir nicht für einen Traum gehalten hätte; denn es war mein Freund, der dort im Zimmer stand, der Doktor Burbus, anjetan mit einem rotfarbten Schlafrock, der meinem Onkel selig gehört, sowie die gelben Pantaloons, die er an den Hüften, und eine weiße spitze Nachtmütze, die er auf dem Kopfe trug. Seinen Bart hatte er ziemlich ordentlich behandelt und sah überhaupt ganz anständig aus. Neben ihm stand die Schmieidin, wieder einmal sehr im Regliges, und schüttelte das Arzneigleis in ihrer Hand.

Nachdem ich mir einigemal die Augen gewischt und mich überzeugt, daß ich nicht träume, freute ich mich unendlich, den Doktor wiederzusehen, und rief ihn laut beim Namen. Die Schmieidin schau zusammen, daß sie fast das Glas fallen ließ, so kräftig hatte ich geschrien, der Doktor aber kam langsam auf mich zu, setzte sich auf mein Bett, und mußte nun vor allen Dingen erzählen, wie er ins Haus und zu mir gekommen. — Die Geschichte war kurz und einfach. Der Winternabend hatte beim Doktor das Maß voll gemacht, oder, wenn man will, dem Fuß den Boden ausgeklagen. Kelam er deshalb Handel mit der Polizei, so war seines Weibens in der Stadt nicht mehr. Er hatte daher, als er wirklich ährtet wurde, in seinem Hauswesen alles, was des Nimmens wert war — und dessen war gar nicht viel — zusammengegrast und sich ins Spital geflüchtet, das heißt zum Adjunkten des Spitalarztes, einem Studiengenossen. Nachdem er sich dort ein paar Tage verborgen, beschloß er, seinen Stab weiterzuführen, wofin wußte er selbst nicht, nur aber wollte er sein Wort lösen und vor mir Ablicht nehmen. So

hatte er sich denn vorgekern in der Abenddämmerung hergeschlichen. Als er unten im Hause nach mir gefragt, war die Großmutter beim Namen Burbus aufmerksam geworden und hatte sich mit ihm unterhalten.

Da nun der teure Doktor Burbus gerade nicht auf den Mund gefallen war, wie wir wissen, so unterhielt er die gute alte Frau von seinen traurigen Erlebnisse, wie es ihm teils mit, teils ohne sein Verschulden schlecht gegangen; denn er war ehrlich und auch klug genug, um ihr gegenüber zuzugeben, daß er seine Jugend nicht ganz so angewendet, wie er gekostet. Natürlich mißfiel er in die Erzählung seiner letzten Unglücksfälle sehr viel Reizweil, Barbara und Philipp, und seine Angaben stimmten mit dem meinigen in so vielen Punkten überein, daß die Großmutter wohl einjah, man habe mir aufs himmelstreichendste anrecht getan. Auch gefiel ihr die Anhänglichkeit des Doktors an mich, kurz, sie lud ihn ein, einige Tage bis zu meiner Geneesung dazubleiben; er habe ja dann noch immer Zeit, eine neue Laufbahn anzutreten.

Meine Freude, den Doktor um mich zu haben, war nicht gering, und wir machten den ganzen Tag schöne Pläne für die Zukunft. Mit meiner Besserung ging es indessen rasch vorwärts. Ich konnte bald das Bett verlassen und mich ans geöffnete Fenster setzen. Wie wohl tat mir die junge frische Frühlingsluft, die selbst über die Dächer der Häuser und in die engen Straßen ihren Weg zu finden wußte und mir im süßen Duft erzählte von tausend aufbrechenden Knospen im Walde, von bunten Blumen und Blüten und von den eisbefreien rauschenden Bächen! Ich hatte eine gewaltige Sehnsucht nach dem Walde, und die Stadt lag mir drückend auf der Brust. Das sagte ich eines Tages dem Arzte, als er im blauen Grad mit der weißen Halsbinde vor mir saß, worauf er lächelnd mit dem Kopfe nickte und meinte, das würde sich wohl arrangieren lassen. Ja, und es kam auch wirklich auf die schönste Weise zustande. Der Arzt schrieb auf der Großmutter Veranlassung einige Zeilen an den Vormund, und nach einigen Tagen antwortete dieser so gut und freundlich, als wir es nur wünschen konnten. Im Brief stand unter anderem: „Was mir der Doktor über den Jungen geschrieben, freut mich, da ich sehe, daß er sich wieder in der Besserung befindet. Auch glaube ich, er hat ganz recht, wenn er vorschreibt, man solle ihn das Frühjahr und den Sommer zu einer Erholung auf dem Lande zubringen lassen, und ich bin ganz damit einverstanden.“ Ich denke, man lächelt an den Netter, der die Waldmühle hat. Er wird sich gern gegen ein mögliches Koffgeld dazu verstehen, den Jungen ein halbes Jahr anzunehmen.“

Dieser Vorschlag leuchtete der Großmutter sowie der Tante ein, nur die Schmieidin schluckte einiges von Mühlenmüllern, Kälbern und dergleichen gefährlichen Geschichten. Es wurde schließlich an den Netter geschrieben und schon nach einigen Tagen kam die bestreuetste Antwort. Von einem Koffgelde wollte

...fähige neue Opfer. Hier tut Hilfe not, sollen nicht weiter wertvolle Volksträfte verloren gehen, oder unheilbaren Schaden tun.

Eine großzügige Wohnungsreform ist naturgemäß aber nur denkbar, wenn die damit eng verknüpfte Bodenfrage einer bedingenden Lösung entgegengeführt wird. Man versucht vergebens nach einem vernünftigen Grunde, es es rechtfertigen würde, daß heute noch Tausende und aber tausende Morgen Land in wenigen Händen vereinigt sind, während die Mehrzahl unseres genügend auf seine Tätigkeit erprobten Volkes kaum einige Quadratmeter Boden ihr eigen nennt und oft nicht weiß, wo sie ihr Haus zur Ruhe hinstellen soll. Und da wird auch von diesen enterbten Volksgliedern heute zur heimatlösen Sklave verlangt, die sie jetzt unter Einwirkung des Lebens verteidigen helfen. Mann erhalten wir ein Gesetz, welches bestimmt, daß die riesigen Strecken Landes, die sich heute noch in den Händen weniger Majorats Herren und Rittergutsbesitzer befinden, zum Nutzen der Allgemeinheit aufgeteilt werden? — Auf dem größten Teil dieses Landes siedeln wir Arbeiterfamilien an, damit diese menschenwürdige Behausungen mit kleinen Gartenparzellen und Kindererziehlagen erhalten werden können. Nur so wird die arbeitende Großstadtbewölkerung im immer noch geringen Maß Licht und Sonne zugemessen erhalten. Die Herzen dieser Verbitterten dürfte dann nach und nach ein verständlicheres Gefühl einziehen, und langsam würde eine Gesundung aller jetzt krankenden Volksglieder eintreten.

Wir hören gegen die notwendigen Maßnahmen der Gewände gar viele von denen, die sich seit langer, zu langer Zeit als die Auserechten fühlen. Sie geben oft in drastischer Weise den Befürchtung Ausdruck, daß alle Ordnung auf Erden verloren gehen würde, wenn mit der Demokratie die „Kommunisten“ Masse zu mehr Freiheit gelangt. Nur gemacht! Die Mühle des Fortschritts steht nicht still. Wenn wir erst eine durchgreifende Boden- und Wohnungsreform erreicht haben, ist auch die Arbeiterbewegung näher gerückt, allen Kreisen des Volkes umfassendere Wirkung zu tun, wie sie heute meistens nur die Befürchtungen erlangen können. Dann aber wird die Sehnsucht nach Freiheit und Bemühtem in immer mehr Seelen Wurzel schlagen und verhalten, der Thron auf den Thron zu helfen.

Einen heil ansteigenden Höhenweg gibt es zu gehen, um aus dem tiefen Niederungen zum Licht eines Dreiecks zu gelangen, was eine Kette nach der anderen von uns abfällt. Schaffen voll Sonne, selbstsüßlich ruhen, die Arbeit als ein Kriegerfortschritt tun, der Erde gehören mit Werktagsgewerken, die Seele allzeit uns Erwäge senken, das nennt sie Leben.

Wagt N. Joch. — Uns ist, als wäre die hässliche Krone unserer Widerstand, der mit bestehenden Verhältnissen zirkulieren, an einer Ohre: „Ja, wollt ihr denn überhaupt noch Kisten auf uns nehmen, und nicht nur Kisten nehmen?“ Der Willen wollen wir nicht ledig sein! Wir werden eine gerechtere Arbeitverteilung und Entfaltung an. Wir wollen durch Schaffung gesunder Lebensverhältnisse die Arbeitsspende auch der jetzt Armen und Schwachen zu heben helfen. Wir werden unter irgendwas Haus wieder aufbauen und Sonne hereinlassen. Nichts kann uns davon abhalten, den zu unsern Zielen führenden Weg unbeirrt zu gehen.

Wir brauchen mehr Sonne in unsern Herzen und mehr Freiheit in unser Leben. Benutzen wir den Sonnenstrahl der Natur, um uns bewegt zu bleiben, daß der Arbeitsspende nicht in einer Selbstverleugung, sondern zur Sonne führt, mögen der Heimmilde noch so viele sein.

Aus der Partei.

Carl Rosner gestorben. In der Nacht zum Donnerstag verstarb plötzlich an Herzschlag der in der Berliner Arbeiterbewegung bekannte in Berliner Parteiorgan sehr geschätzte Genosse Rosner im vollendeten 65. Lebensjahre. Der Verstorbenen gehörte ein alter Name: er war schon unter dem Sozialismus bekannt und tätig für die Partei tätig. Von Herrn Rosner wurde ein schweres Ende der heftigen und Leistung der schillernden Jahre auch in seiner gemeinschaftlichen Organisation, im Verbands der Arbeiter, dessen Ausführendes er jetzt noch war. Doch seine eigentliche Tätigkeit lag auf politischen Gebieten, wobei er weniger als Nebenerwerb, sondern der Partei ganz dienlich als Organisationsleiter. Die Berliner Genossen werden ihn denn auch im Jahre 1902 in die Ehrenbürgerverleihungswahl gewählt haben und auf keinen Parteitag gelebt, auch auf dem letzten in Wöhring war er als Vertreter der Berliner Genossen anwesend. Unter der literarisch tätigen und fleißigen Genossen war der Bekanntheit besonders wegen seines Sammelbüchens in Parteiorganen bekannt, er war eine überaus reichhaltige Bibliothek hinterlassen, der recht viele wertvolle Schriften aus der älteren Par-

der vorangehende Mann nichts wissen. Die Ansicht des Sommer auf den Boden gebrungen zu können, hat nicht in einer harten Arbeit zu bestehen, machte mich überglücklich. In meinen guten Jahren dachte ich dabei nicht gerade, der am Morgen nach dem ich den Abend vorher im großen Familienrat eingehend, mich in einigen Tagen freizubekommen, hat im folgenden Schicksal in seinem eigenen Argus stehen und erkläre, er sei jetzt reichlich, um in die Welt hinauszuweisen. Das hat mich aber nicht hindert, und als die Jugend Schicksal allein bei mir lag und mich traurig betrachtete, was sie jetzt bei meiner bevorstehenden Abreise nur zu häufig zu hören pflegte, ich ihr mein Herz, wie traurig es mich machte, daß aus jetzt der arme Doktor Parvas verläßt, der keinen Reichtum auf der weiten Welt habe. Das es leicht war, sie bis zu Tübingen zu führen, verfuhr ich, und sie verabschiedete mich, mit der Gewissheit darüber zu stehen, was sie denn auch alsdann mit. Und im Erfolg blieb nicht aus: der Doktor erfuhr von mir und erzählte mir, die gute Frau habe ihm ins Gemäch gelehrt und ihn ermahnt, jetzt endlich einen schmerzlichen Lebenswandel anzunehmen, ihn aber selbst gelasse, wenn er sich auf ein paar Monate begibt, sollte, so würde dies dem Vater gemäß ganz entgegen sein, und er habe in irgendeiner Zeit sich nach etwas erholen lassen.

Jetzt war Freude an allen Ecken. In dieser Zeit waren die wenigen Vorlesungen zu hören, meine Redezeit wurde kürzer, und der Doktor, der das ganze nächste Verweil noch nicht haben konnte, ging auch nicht her aus. — In einem schönen Morgen, als die Sonne am westlichen Rand stand, endlich aus die Gewissheit mit einem hübschen Handstand und ihrem letzten Augen. Die Sonne gab uns Hilfe an den Vater mit und die Gewissheit wurde ein hervorragendes Werk.

Durch all diese Zusammenhänge hat es sich für gewöhnlich als ein ruhiger Tag der Stunden den Tage gezeichnet. Mir ist die Welt nicht so sehr, indem er zu einer vorübergehenden Ruhe kam, hat er uns: „Sei Gott, das ist der alte Papst!“ Und ich sah sie und erkläre ihn, was der Herr nicht sagen konnte, auf dem Rücken lag Herr Rosner, der eines angenehmen Lebenswandel suchte. Die halbe Stunde wurde auch nicht erkläre, sie machte plötzlich in ihr zufriedenes Gefühl, da der Tod des Doktor Parvas auf dem Wege der als ein überaus angenehme wurde. Der Regen ließ gegen die Gewissheit.



Der Friede mit der Ukraine. Die Sitzung v. 9-10. Febr. nachts, wo das Friedensprotokoll unterschrieben wurde.

erzählte ang. — Trotz seiner 65 Jahre erfreute sich der kräftig gedachte Veteran der besten Gesundheit; sein Tod kam den Genossen sehr überraschend. Sein Wirken in der Parteibewegung führt ihm ein bleibendes Andenken.

Aus dem Gerichtssaal.

Kriegsgerichtsurteile. Von den außerordentlichen Kriegsgerichten, die in Berlin seit einer Woche in Tätigkeit sind, sind, wie wir dem „S. T.“ entnehmen, schon zahlreiche ältere und jüngere Personen, Männer und Frauen, wegen Ausbreitungen der verschiedensten Art bei Gelegenheit des Streiks teils mit sehr schweren, teils mit geringen Strafen bestraft worden. Der 40jährige Malchinenbauer Johann H. wurde wegen verlustiger Transportführung, Widerstandes und Aufruhrs zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Der 40jährige Friseur Karl W. hat sich an einem Auslauf in der Gerichtstraße beteiligt und einen Straßenbahnwagen zum Halten gezwungen. Seine Strafe lautet auf ein Jahr sechs Monaten Zuchthaus. Wegen eines ähnlichen Vorgangs auf Straßenbahnwagen wurde der noch nicht 19jährige Friseurmeister Paul F. zu einem Jahr Zuchthaus, der erst 17jährige Schlosser Hermann S. zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der 17jährige Former Paul M. hatte am 2. Februar vor den „Berliner Arbeiter-Richtern“ die Arbeiterinnen aufgefordert, die Arbeit einzustellen und Flugblätter verteilt. Ihn traf eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis. In einer Reihe von Fällen, in denen Arbeiter beziehungsweise Arbeiterinnen angeklagt waren, zum Streik aufgerufen und für dadurch des verurteilten Landesverrats schuldig gemacht zu haben, erfolgte wegen mangelnden Beweises die Freisprechung. Wenn verurteilten Landesverrats in Verbindung mit Landfriedensbruch und Rötung hatten sich 11 Personen zu verantworten. Sie wurden beschuldig, Streikvorhaben gefördert und Arbeitsmängel verhindert zu haben, zur Arbeit nach Johannisfest zu gehen, und dabei Drohungen auszusprechen zu haben. Da die Angeklagten nicht widererkannt werden konnten, wurden sie sämtlich freigesprochen. Der 17jährige Arbeiter M. wurde wegen verurteilten Landesverrats zu sechs Monaten Zuchthaus, gleichzeitig in neun Monate Gefängnis verurteilt. Während einer Zusammenkunft im Schiedsgericht hat der Arbeiter Max S. der Mense, die durch einen reichlichen Schlaganfall auseinandergerissen werden sollte, provoziert: „Holt den Mann doch vom Pferde herunter!“ Die Mense hat dann auch danach gehandelt. Der Anzeiger wurde als Redakteur bei einem Auftrah zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. — Das außerordentliche Kriegsgericht in Schneberg verurteilte wegen Verbrechens einer unerlaubten Versammlung in einer Kinstwobehne den Schriftführer der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, den Arbeiter Heinrich Binde in vierzehn Tagen Gefängnis. Die beiden Mitangeklagten, ein Arzt sowie der Wohnwirtschafter, wurden freigesprochen. — In Solingen wurde ebenfalls dem „S. T.“ zufolge, der Redakteur Kerl von der „Hoff-Kurve“ im Zusammenhang mit der Streikbewegung wegen verurteilten Landesverrats verurteilt.

Der Richter hat eine Kritik dieser Urteile entfallen. **Verurteilung eines jungen Kaufmanns.** Die Strafkammer in Greifswald verurteilte den 17jährigen Schlosser Willy Bremer aus Fickler, der in der Nacht vom 6. Oktober 1917 die 17jährige Schützenträgerin Marie-Luise Jentsch in Gänze bei Greifswald ermordet und beraubt hat, wegen Mordes zu 15 Jahren Gefängnis. Der Verurteilte hatte sich aus Schwere erhielt wegen Teilnahme zum Mord 7 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

300 000 Briefmarken wurden aus einer Dose in Berlin entdeckt. Die Karten, die jetzt im Verzuge von man sollten werden für ungültig erklärt und neue Karten in anderen Farben angefertigt. **Die verpublizierten Sammel.** Vor einigen Tagen wurden in Potsdam auf dem Splaßhofs 75 gefälschte Sammel zum Umsatz mit der Post nach Berlin verladen. In der Reichshauptstadt sind aber nur 15 Tiere eingetroffen, die übrigen 60 waren verschlungen. Trotz etwiger Nachforschungen ist es bisher nicht gelungen, den Verbleib der Sammel zu ermitteln. — **Wo sie zur Hande wegen?** Bestimmt jetzt man sie mal mit der Wunderschöne.

Die Defizit-Schuld. Dem „Jana Courier“ wird aus Delfen berichtet. Die Angelegenheit des Zusammenbruchs der Defizit-Mittels Lebensmittellieferung steht immer weniger klar. In Delfen hat eine paragonische politische Lebensmittellieferung in der letzten Zeit durchgeführt nicht mehr vorhanden. Nach den bisherigen Ermittlungen, die von dem Untersuchungsamt im Sinne mit der Staatsanwaltschaft geschehen werden, ergibt sich ein immer trüblicheres Bild der kommunalen Angelegenheiten in der Hauptstadt des kleinen Herzogtums. Der Verfall der Defizit-Mittels Lebensmittellieferung ist ein augenscheinlicher und unabweisbarer Beweis für den Zusammenbruch der Defizit-Mittels Lebensmittellieferung. Die Defizit-Mittels Lebensmittellieferung ist ein augenscheinlicher und unabweisbarer Beweis für den Zusammenbruch der Defizit-Mittels Lebensmittellieferung. Die Defizit-Mittels Lebensmittellieferung ist ein augenscheinlicher und unabweisbarer Beweis für den Zusammenbruch der Defizit-Mittels Lebensmittellieferung.

Anschuldigung erhoben, daß er erhebliche Mengen von stöcklichen Lebensmitteln nicht nur unter seine Freunde verteilt, sondern auch nach auswärtig verschickt habe, besonders an ein Berliner Hotel, wo er bei seinen vielen Reisen nach der Reichshauptstadt zu wohnen pflegte. Gegen den Statverordnetenvorsitzer Dr. Cohn erhebt man den Vorwurf der mangelnden Kontrolle. Durch die ganz unverantwortliche Einrichtung der Nahrungsmittelverteilung in Dessau seien die armen Frauen und Kinder der Stadt gezwungen gewesen, Stundenlang bei Wind und Wetter auf dem Rathaushofe herumzusteher, während es im Rathaus recht lustig zugegangen sei. Dr. Cohn soll ferner die Interessen seiner ärmeren jüdischen Glaubensgenossen in schwerster Weise bei der Verwaltung des großen Millionenvermögens der bekannten Baronin Oppenheim geschädigt haben. Auch gegen ihn wird daher eine Disziplinaruntersuchung verlangt. Schließlich kommen aus Dessau noch allerhand Gerüchte über die unzulässige Reklamation verschickter Statverordneter durch den Magistrat und deren Bestätigung gegen Beschlung im Dienst der Stadt. Nach alledem wird die Dessauer Magistratskatastrophe allem Anschein nach einen umfangreichen Senationsprozeß zeitigen.

Der stinkende Herzhäuser. Ein großes Schlaglicht auf die Arbeitsweise der Ersten Kammer des sächsischen Landtages wirft folgende Notiz der „Zittauer Morgenzeitung“: „Der Rittergutsbesitzer Oekonomierat Steiger auf Kleinhausen, eines der rührigsten agrarischen Mitglieder der Ersten Kammer des sächsischen Landtages, hat zwar vor einiger Zeit den Geist, nicht aber die parlamentarische Tätigkeit aufgegeben. Wie aus der Druckfabe der Nr. 33 der Ersten Kammer hervorgeht, hat Steiger nach seinem Tode noch an der Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes in der zweiten Deputation der Ersten Kammer teilgenommen und den aus dieser Beratung hervorgegangenen Antrag der Deputation (den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen und die dazu einzureichenden Petitionen als erledigt zu erklären) am 7. Februar 1918 mitunterzeichnet, obwohl sein Kammermitglied von den wahlberechtigten Rittergutsbesitzern des Markgrafentums Oberlausitz bereits in der vorigen Woche an den Generalkonvent Hempel auf Ohorn vergeben worden ist.“ — Es wird nicht, daß man den toten Herrn zur Ruhe lasse. Zunächst natürlich auch die lebenden Vertreter dieser vorantastlichen Korporation, die nur hommend auf das Staatsleben wirken. Man schide sie ruhig nach Hause.

Am 1. Februar durch eine explosive Bombe verstorben. Ein Unfallsfall, bei dem zwei Kinder getötet, zwei andere schwer verletzt wurden, hat sich in dem märkischen Orte Sarnitz ereignet. Der 14jährige Heinrich Brauer hatte auf dem Hofe eine Bombe gezündet, die von einer mitleidigen Mitbewohnerin herübergeführt wurde. Nur dem eitleichen Schuldigen wollte er dann damit in Gedanken dreier anderer Kinder, und wollte das Geschehen näher untersuchen. Dabei entfiel ihm die Bombe und explodierte. Heinrich Brauer und die ebenfalls 14-jährige Lora wurde durch die Bombe getötet, ihre Körper waren zerstückelt. Der 10jährige Otto Brauer und die 1. Jahr ältere Martha Wehrend erlitten sehr schwere Verletzungen und liegen in fast hoffnungslosem Zustand darnieder.

Den Tod im Vorraus erwidert hat eine 79 Jahre alte Frau auf dem Heimweg von dem Besuch bei der Tochter. Sie verlor, wie aus Rassel gemeldet wurde, bis zu den Yenden in dem durch die Schneeschmelze aufgeweichten Ackerboden. Da 'anach Zeit niemand des Weges kam, um der hilflosen Frau zu helfen, trat schließlich der Tod ein.

Zusammenstoß. Ein 10-jähriger, zurückfallender Teil eines Güterwagens stieß bei Idtewitz im Taunus auf einen nachkommenden Güterzug; ein Weantete wurde bei dem Zusammenstoß getötet, mehrere leicht verletzt.

Ein Minister als Lieferant Lebensmittellieferer. Der norwegische Generalkonvent in Kopenhagen, ein oberer Weltkongress, den im Range ungewöhnliche Wege durch Lebensmittellieferer gemacht hat, mangelte während der Zeit gegen einen norwegischen Zeitungsredakteur wegen Verleumdung an, aber der Redakteur wurde freigesprochen. Es hatte den ich angeführten Generalkonvent und Minister bei und bei, ter welches Zeit unter Verleumdung keine mit diesen Verleumdungen an können darüber aus Vorgehen hat in Kopenhagen und noch mehr in Danemark, wo die Redakteur dieses Zeit als Minister verurteilt hat, ungeachtet der Urteilsurteilung. Die Angelegenheit wird demnach auch das dänische Gericht beschäftigen.

Entlassene!! Retlamierte!! Zur Arbeit Beurlaubte!!

Bergeht nicht Eure Mitgliedschaft bei der Partei wieder an jemandem und zu erwerben!! Die jüngeren politischen Kämpfe um die freihändlerische Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und für den Wiederaufbau unserer Wirtschaftskräfte erfordert die Mitarbeit und Beitragleistung aller Parteigenossen. Nur partei und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage. Darum seid Euch des Erstes unserer Zeit bewußt!! Rede, Euch bei den Vertrauensleuten der Partei oder direkt auf dem Parteivorstand, Johanniststraße 50, für Beitragleistung und Mitarbeit wieder an. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Beileger: H. Schwarz, Paul Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Düsseldorf.